

## AKW müssen überprüft werden

**BRUGG** Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hat die Atomkraftwerke Beznau und Gösgen zur Überprüfung ihrer Dampferzeuger aufgefordert. Das Ensi reagiert damit auf Informationen aus Frankreich, wo fehlerhafte Bauteile aufgetaucht waren. Inzwischen ermittelt auch die französische Justiz. Die Qualität und die Ausführung der Schmiedeteile für die Dampferzeuger müssten hinsichtlich der Einhaltung der Materialspezifikationen überprüft werden, heisst es in einer gestrigen Mitteilung des Ensi. Um rasch erste Erkenntnisse zu erhalten, fordert das Ensi eine vertiefte Überprüfung der Herstellungsunterlagen. Auch die Durchführung von zerstörungsfreien Materialprüfungen seien zur weiteren Abklärung des Sachverhalts bis Ende April 2017 zu prüfen. (sda)

## CVP stimmt MEI-Umsetzung nicht zu

**BERN** Die Schweiz muss Massnahmen treffen, um die Zuwanderung selbständig Steuern zu können. Das verlangt die vom Volk 2014 angenommene Masseneinwanderungs-Initiative (MEI). Die vom Parlament erarbeitete Umsetzung sei ohne migrationspolitische Ansätze geblieben und setze den Volksauftrag damit nicht um, teilte die CVP-Fraktion gestern mit. Die CVP habe damals gegen diese Volksinitiative gekämpft, akzeptiere aber den Entscheid des Stimmvolkes und habe versucht, diesen in der Folge umzusetzen. Bei der vom Parlament erarbeiteten Umsetzung fehle nun aber der geforderte migrationspolitische Ansatz. Es handle sich faktisch um eine wirkungslose Arbeitslosenvorlage, welche auf Stellensuchende jeglicher Herkunft fokussiert. Die CVP wird sich deshalb an der Schlussabstimmung enthalten. (r.)

# Streit um Arztbesuche im Ausland

**Krankenkassen** sollen auch für Spital- und Arztbesuche ennet der Grenze zahlen. Das fordert die CVP. Sie will damit das Prämienwachstum bremsen.

VON MAJA BRINER

**BERN** Medikamente sind im Ausland oft viel günstiger als in der Schweiz. Doch wer ennet der Grenze in die Apotheke geht, kommt unter Umständen schlechter davon: Krankenkassen dürfen in solchen Fällen die Kosten gemäss Gesetz nicht zurückerstatten. Das gleiche Prinzip gilt für Arzt- und Spitalbesuche: Nur ausnahmsweise – etwa bei einem Notfall – übernimmt die Kasse die Kosten. Der Thurgauer CVP-Nationalrat Christian Lohr findet das nicht richtig: «Heute werden jene Personen, die durch ihr Verhalten Kosten sparen, bestraft.»

Lohr fordert deshalb in einer kürzlich eingereichten Motion eine Gesetzesänderung: Wer freiwillig im Ausland Medikamente kauft, zum Arzt geht oder sich im Spital behandeln lässt, soll die Kosten von der obligatorischen Krankenversicherung vergütet erhalten. Voraussetzung dafür wäre, dass die Person eine ärztliche Verschreibung hat und die Kosten tiefer sind als in der Schweiz. Die gleiche Motion hat gestern auch der Obwaldner CVP-Ständerat Erich Ettlin eingereicht.

Lohr betont, seine Motion sei «keine Aufforderung zum Einkaufstourismus». Er wolle diese Entwicklung nicht antreiben. «Aber all jene, die eigenverantwortlich handeln und Kosten sparen, dürfen nicht bestraft werden», sagt Lohr. Seiner Ansicht nach könnte die Massnahme dazu beitragen, das Kosten-



Nach dem Willen der CVP sollen Versicherungen angesichts steigender Gesundheitskosten in der Schweiz auch günstigere Arztkosten im Ausland erstatten. Bild Key

wachstum zu bremsen. Die Marktabschottung führe zu hohen Kosten.

### Kritik von Pharma und Spitalern

Kein Gehör findet er mit seinem Vorschlag bei den Branchenverbänden von Pharmaindustrie und Spitalern.

Interpharma kritisiert, es könne nicht sein, dass die Schweiz viel in eine qualitativ gute medizinische Versorgung investiere und die Krankenversicherer gleichzeitig dazu verpflichtet, Kosten für Behandlungen im Ausland zu übernehmen, «deren Qualität allenfalls nicht

## Gesundheit Ausgaben nehmen immer weiter zu

Die Gesundheitskosten wachsen gemäss den Prognosen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) ungebremst weiter. Für das laufende Jahr rechnet die KOF mit einer Zunahme der gesamten Gesundheitsausgaben um 3,6 Prozent, wie sie gestern bekannt gab. Für das Jahr 2017 geht die KOF sogar von einem Plus von 3,9 Prozent aus, ebenso für 2018. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt steigt damit im Jahr 2018 auf 12,2 Pro-

zent. 2014 lag der Anteil noch bei 11,1 Prozent.

Nach wie vor steigen die Kosten zulasten der obligatorischen Krankenversicherung stärker als der Rest der Gesundheitsausgaben. Das werden laut dem Internetvergleichsdienst Comparis, der die Prognose finanziert, auch die Versicherten zu spüren bekommen. Sie werden im nächsten Jahr durchschnittlich 5,8 Prozent mehr für ihre Krankenkassenprämien zahlen müssen. (sda/mjb)

## Dschihadist Wesam A. lebt in Baden von der Sozialhilfe

**Ist es richtig**, dass ein verurteilter Dschihadist weiter Sozialhilfe beziehen kann? Und macht eine Präventivhaft Sinn?

**BADEN/SCHAFFHAUSEN** Wesam A., Mitglied der Beringer Terrorzelle, erhält wieder Sozialhilfe. Das schrieb die «Aargauer Zeitung» gestern. Der Badener Stadtrat bestätigt laut der Zeitung, dass «der Klient» zwar seit dem 17. Oktober zu 100 Prozent erwerbstätig sei, das Einkommen für ihn und seine Familie aber nicht existenzsichernd sei. Der Mann hatte schon vor seiner Verhaftung Sozialhilfe bekommen.

Wesam A. war im März von der Bundesanwaltschaft wegen Unterstützung einer kriminellen Organisation zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Seit dem Sommer ist er wieder auf freiem Fuss, die Bundespolizei wollte ihn ausweisen. Doch das Bundesgericht entschied, ihn freizulassen.

### Vier Autos und teure Wohnung

Auf die von der «Weltwoche» im Herbst erhobenen Vorwürfe, der Mann sei der Aufforderung der Behörden nicht nachgekommen, eine billigere Wohnung zu suchen, antwortete der Stadtrat: «Viele Sozialhilfebezügler verzichten auf einen Wohnungswechsel und nehmen eine Kürzung des Betrags für Lebensunterhalt in Kauf.»

Wesam A. habe zudem mehrere Autos besessen, die er jeweils gewechselt und nur wenige Monate gefahren habe. Er habe die Autos nicht deklariert, was er laut Sozialhilfe- und Präventionstext hätte tun müssen. Die Autos seien von jeweils so geringem Wert gewesen, so die Antwort des Stadtrates, dass sie unter dem Vermögensfreibetrag von 4500 Franken gele-

gen hätten, die einer «Unterstützungseinheit» maximal zustehen. Eine Person könne selber entscheiden, ob sie lieber die Autohaltung finanziere oder etwas anderes, so der Stadtrat.

«Es stört mich, dass so jemand von der Sozialhilfe lebt», sagt dazu auf Anfrage die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. «Allerdings: Wenn der Mann weder länger inhaftiert noch ausgeschafft werden kann und zudem sein Verdienst nicht ausreicht, dann braucht es die Sozialhilfe.» Vorausgesetzt sei natürlich, dass er Anrecht darauf habe. «Wichtig wären aber auch arbeitsmarktliche Massnahmen, damit er möglichst bald sein Leben selber finanzieren kann», sagt Munz.

«Stossend» findet es Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH) auf Anfrage, «dass solche Leute unser System ausnutzen». Genau so entstehe eine Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber Migranten. «Alle, die sich korrekt verhalten, haben das Nachsehen», so Hurter.

### Präventivhaft prüfenswert

Auch der Bundesrat beschäftigt sich laut «SonntagsZeitung» mit dem Fall Wesam A. (SN von gestern). Er prüft eine Präventivhaft für Dschihadisten. Sicherheitspolitiker Hurter unterstützt das. «Alles, was der Sicherheit unseres Landes und der Bevölkerung dient, muss man prüfen», sagt er. Allerdings nur innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen. «Stellt man Defizite fest, werden allenfalls gesetzliche Anpassungen notwendig.»

Hurters Nationalratskollegin Munz ergänzt: «Eine Präventivhaft ist grundsätzlich möglich, um ein Verbrechen zu verhindern.» Sofern das auf einen Dschihadisten zutreffen, müsse eine Präventivhaft geprüft werden. (aka)

## Initiative zum Bankgeheimnis spaltet den Nationalrat

**Ungewöhnliche Fronten** bei der Initiative zur Stärkung des Bankgeheimnisses: Die SVP verteidigt die Initiative, FDP und CVP unterstützen einen Gegenvorschlag, die Linke und die Bankiervereinigung wollen weder noch.

VON ROGER BRAUN

**BERN** Auch wenn das Schweizer Bankgeheimnis stark an Bedeutung verloren hat: Die Emotionen vermag es nach wie vor zu befeuern. Gestern hat sich der Nationalrat mit der Bankgeheimnis-Initiative beschäftigt, welche das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern möchte. Man wählte sich zehn Jahre zurückversetzt, so leidenschaftlich verlief die Debatte.

Die Linke machte sich einen Spass draus, die Initiative mit möglichst kreativen Wortspielen als Vehikel für Reiche zur Steuerumgehung zu bezeichnen. Von Steuerhinterziehungs-Initiative, Mausehel-Initiative und Steuerbetrug-Wiederaufstehungs-Initiative war die Rede. Mit diebischer Freude erwähnten sie, dass die Bankiervereinigung gegen die Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag sei. «Heute wollen die Banken nicht mehr die Steuerhinterzieher schützen, sondern vor den Steuerhinterziehern geschützt werden», sagte SP-Fraktionschef Roger Nordmann schelmisch.

Mit gleichem ideologischem Eifer kämpfte man auf der anderen Seite für die Initiative. Hervor taten sich ins-

besondere Zürcher SVP-Nationalräte. «Das Fundament des liberalen Rechtsstaats» sah Gregor Rutz bedroht. Thomas Matter erkannte im Bankgeheimnis einen «Ausdruck des urschweizerischen Staatsverständnisses», wonach «der Bürger im Mittelpunkt steht und nicht der Staat». Roger Köppel verkündete: «Der SP geht es nicht um Steuerhinterziehung, sondern um die Aushebung unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung und unserer Bürgerrechte.»

Das rhetorische Feuerwerk konnte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SVP allein stand. Dabei war

«Heute wollen die Banken nicht mehr die Steuerhinterzieher schützen, sondern vor den Steuerhinterziehern geschützt werden.»

Roger Nordmann  
SP-Fraktionschef

die Initiative im September 2014 noch von Vertretern von SVP, FDP und CVP eingereicht worden. Gestern wollten CVP und FDP jedoch nichts mehr wissen von der Initiative, da diese die Fortschritte der Schweiz bei der Bekämpfung der Steuerflucht zu gefährden droht. Stattdessen stellen sich CVP und FDP hinter den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission. Dieser verankert das Bankgeheimnis im Inland ebenfalls in der Verfassung, stellt aber sicher, dass die Schweiz nicht gegen internationale Abmachungen verstösst.

Dieser Meinungswandel brachte den beiden Parteien viel Häme ein. Ge-

den Schweizer Standards entspricht». Auch der Spitalverband H+ lehnt den Vorschlag ab.

Unterstützung kommt vom Krankenkassendachverband Santésuisse. Sprecherin Sandra Kobelt sagt, insbesondere bei den Medikamenten und den sogenannten MiGeL-Produkten – dazu gehören etwa Insulinspritzen – bestehe ein grosses Sparpotenzial. «Es ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit, im Ausland gekaufte Medikamente zu vergüten», sagt sie. Dadurch werde der Wettbewerb gefördert. «Das würde den Anstieg der Prämien dämpfen und die Leistungserbringer dazu zwingen, kostengünstiger zu werden.» Zurückhaltender äussert sich Santésuisse zu Lohrs Vorschlag, auch im Ausland getätigte Arzt- und Spitalbesuche zu vergüten. «Wir sollten die Möglichkeit prüfen», sagt Kobelt. «Im Ausland gibt es nachweisbar qualitativ hochstehende Behandlungsmöglichkeiten zu einem günstigeren Preis.» Zuerst müsse aber die Qualität in der Schweiz ausgewiesen werden, damit Leistungen überhaupt verglichen werden könnten, sagt Kobelt.

Bei Gesundheitspolitikern anderer Parteien kommt der CVP-Vorschlag indes nicht gut an. Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi etwa lehnt ihn ab. Sie sagt: «Wir sollten nicht unsere Probleme exportieren.» Gysi schlägt andere Lösungen vor, um das Kostenwachstum zu bremsen. «Wir sollten Parallelimporte von Medikamenten verbessern», fordert sie. Bekämpft werden müsse auch die sogenannte Mengenausweitung. SVP-Nationalrat Thomas de Courten (BL), Vizepräsident der Gesundheitskommission, bezeichnet den Vorschlag als «wenig durchdacht und absolut kontraproduktiv»: «Die Änderung würde zu einer Mengenausweitung von Wunscheingriffen führen – und damit zu einer Kostensteigerung», sagt de Courten.

rade bei der FDP waren es nämlich nicht einzelne Randfiguren, welche die Initiative lanciert hatten, sondern Personen wie Parteipräsidentin Petra Gössi, Vizepräsident Christian Lüscher sowie die ehemalige Führungsriege. Die Delegierten entschieden gar, dass sich die FDP als Partei hinter die Initiative stellt. Innerhalb der CVP war die Initiative zwar immer umstritten, allerdings figuriert auch Parteipräsident Gerhard Pfister im Initiativkomitee.

«Um den Rückzug der Initiative zu ermöglichen und Ihnen zu helfen, das Gesicht zu wahren, hat man jetzt diesen Gegenvorschlag gebastelt», sagte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. «Da fragt man sich schon, wie so viel juristischer Sachverstand sich hinter einen Text stellen konnte, der so schlecht formuliert ist.»

### Keine Abstimmung

SP und Grüne sprachen sich gegen Initiative und Gegenvorschlag aus, da sie auch im Inland den Kampf gegen die Steuerhinterziehung intensivieren wollen. Etwas anders argumentierten BDP und GLP, die ebenfalls Initiative und Gegenvorschlag ablehnen. Sie wollen im Inland den Status quo erhalten, diesen aber nicht auf Verfassungsebene zementieren, weil im Bereich der Steuertransparenz vieles in Bewegung ist.

CVP und FDP sahen im Gegenvorschlag einen guten Kompromiss, der das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger sichert. Zur Abstimmung kam das Geschäft nicht. Aufgrund des Verlaufs der Debatte ist indes absehbar, dass morgen die Initiative abgelehnt und der Gegenvorschlag – mit Stimmen von CVP, FDP und SVP – angenommen werden wird.